

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

18. WP - 15. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Mai 2013, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Eichstädt (SDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

i.V. von Birte Pauls

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Sven Krumbek (PIRATEN)

i.V. von Wolfgang Dudda

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Simone Lange (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung des Konzepts für das Frauenhaus in Lübeck	5
- Renate Prüß, AWO Schleswig-Holstein - Kay Wegner, Pro Familia, Fachambulanz Gewalt	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels	8
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/508 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/1150	
3. Betriebliche Wiedereingliederung stärken! Durchführung einer Evaluierung zum betrieblichen Eingliederungs- management in der Landesverwaltung	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/584	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/724	
5. Gerechte Finanzierung für Schleswig-Holsteins Krankenhäuser	11
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/741	
6. a) Soziale Ungleichheiten und Bildungsbenachteiligungen durch An- gebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung für alle Kinder ausgleichen!	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/693	
b) Vereinbarung zur Finanzierung des Krippenausbaus	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/695	

- 7. Borreliose in Schleswig-Holstein** **14**
- Antrag der Abg. Anita Klahn (FDP)
[Umdruck 18/1140](#)
- 8. Bericht der Landesregierung über die Versorgung von Kleinkindern mit Milchprodukten in Schleswig-Holstein** **15**
- Antrag der Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
[Umdruck 18/1173](#)
- 9. Verschiedenes** **16**

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung des Konzepts für das Frauenhaus in Lübeck

hierzu: [Umdruck 18/1212](#)

Frau Prüß von der AWO Schleswig-Holstein und Herr Wegner von Pro Familia - Fachambulanz Gewalt - stellen das neue Konzept der AWO für ein Frauenhaus in Lübeck vor (siehe [Umdruck 18/1212](#)).

Auf Fragen der Abg. Dr. Bohn antwortet Frau Prüß, die Verweildauer der Frauen hänge von deren jeweiliger Situation ab; die in dem Vortrag genannte Verweildauer werde angestrebt. Tatsächlich blieben sie solange, wie sie brauchten, um den Schritt in die Selbstständigkeit zu gehen. Die angebotenen abgegrenzten Wohneinheiten böten die Möglichkeit, schneller in eine Routine hineinzukommen, als dies bei den Gemeinschaftsunterkünften der Fall sei. Ihnen biete sich schneller eine Perspektive. Das AWO-Frauenhaus kooperiere mit dem autonomen Frauenhaus in Lübeck. Zwar sei das Verhältnis der beiden Frauenhäuser durch die schwierige Situation im letzten Jahr belastet gewesen; dennoch sei die praktische Arbeit fortgeführt worden. Therapeutische Kapazitäten seien überall knapp, auch beim AWO-Frauenhaus in Lübeck; das sei allerdings unabhängig vom Konzept. Herr Wegner ergänzt, die Idee des Oranje Huis beruhe auf einer Eingruppierung im Rahmen einer Ampelregelung. Zunächst werde eine Gefährdungsanalyse erstellt. Werde deutlich, dass die Gefährdung der Frau deutlich größer sei als vermutet und erscheine eine Unterbringung in einem offenen Frauenhaus nicht sinnvoll, werde unverzüglich Kontakt mit einem anonymen Frauenhaus aufgenommen.

Abg. Rathje-Hoffmann begrüßt die strikte Trennung zwischen offenem und geschlossenem Bereich sowie die separierten Wohnungen. Sie erkundigt sich danach, wann das Konzept umgesetzt werden solle. Frau Prüß legt dar, dass ein entsprechender Antrag gestellt worden sei, das Konzept im Rahmen der bestehenden Regelfinanzierung zu erproben. Überprüft werden solle auch, ob es die Möglichkeit gebe, Gelder von einer anderen Stelle für spezielle Projekte einzuwerben. Im Übrigen sei das Haus startklar. Als Projektbeginn sei August 2013 angepeilt.

Herr Wegner ergänzt, in Schleswig-Holstein werde die Täterarbeit aus dem Budget des Justizministeriums finanziert. Die von ihm betriebene Arbeit finde im Rahmen der Ressourcen statt, die der Fachambulanz zur Verfügung stünden.

Auf Fragen des Abg. Dr. Tietze legt Frau Prüß dar, dass das AWO- Frauenhaus über Fachkräfte verfüge. Es gebe Sozialpädagogen, die für diese Arbeit ausgebildet seien. Bezüglich der neuen systemischen Ausrichtung müsse eine Qualifizierung stattfinden. Die Umsetzung des Konzeptes sei nach ihrer Auffassung eine andere, nicht aber eine zusätzliche Arbeit. Sollte der Bedarf der Verlegung einer Frau bestehen, gehe das in der Regel sehr schnell. Im Übrigen verweist sie darauf, dass das Haus an sich sicher sei.

Abg. Krumbeck erkundigt sich nach den Kosten der baulichen Maßnahmen. Frau Prüß führt aus, derzeit müssten noch Videokameras installiert werden. Diese Anlage koste 9.500 €

Auf Fragen der Abg. Klahn antwortet Frau Prüß, das AWO- Frauenhaus in Lübeck werde seit dem 1. Januar 2013 mit 15 Plätzen finanziert. Das Haus habe einen Antrag gestellt, im Rahmen der Förderrichtlinien ein neues Konzept zu erproben. Man warte nunmehr auf die Bewilligung. Auch wenn dieses Frauenhaus kein Frauenhaus im klassischen Sinne sei, sei es dennoch ein Frauenhaus. Die Zielgruppe sei die gleiche wie bei den klassischen Frauenhäusern; es werde allerdings mit anderen Methoden gearbeitet. Sie habe in der letzten Woche das Konzept im Sozialausschuss der Stadt Lübeck vorgestellt. Dort habe es viel Unterstützung für die Erprobung gegeben. Leider habe sich, da sich das Land aus der Finanzierung zurückgezogen habe, auch die Stadt Lübeck aus der anteiligen Finanzierung zurückgezogen. Da die Stadt Lübeck ihren Haushalt bereits geschlossen habe, werde voraussichtlich bis Ende 2015 keine Förderung durch die Stadt Lübeck stattfinden.

Die Zusammenarbeit mit Frauenberatungsstellen - so Frau Prüß auf Fragen der Abg. Rathje-Hoffmann - sei sehr eng. Es werde mit allen Frauenberatungsstellen zusammengearbeitet, und zwar in beide Richtungen.

Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, trägt vor, dem Ministerium liege seit Februar ein Antrag auf Förderung des Konzeptes vor. Da das Ministerium das Konzept für fachlich gut halte, beabsichtige sie, dem Antrag im Rahmen der jetzigen Förderrichtlinien stattzugeben.

Auf eine Bemerkung des Vorsitzenden macht Ministerin Alheit deutlich, dass auch anderen Frauenhäusern eine entsprechende Weiterentwicklung möglich sei. Entsprechendes sei in al-

len Förderbescheiden ausdrücklich angeregt worden. Allerdings stünden dafür keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung.

Der Ausschuss bittet darum, ihm in etwa zwei Jahren einen Erfahrungsbericht zukommen zu lassen.

Auf Bitte der Abg. Klahn kommt der Ausschuss überein, sich in einer seiner nächsten Sitzung mit der Kleinen Anfrage [Drucksache 18/782](#) zu beschäftigen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/508](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1150](#)

(überwiesen am 20. Februar 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/839](#), [18/970](#), [18/1062](#)

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/1150](#), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung des Vertreters der PIRATEN zu.

Er empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung des Vertreters der PIRATEN, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Betriebliche Wiedereingliederung stärken!
Durchführung einer Evaluierung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement in der Landesverwaltung**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/584](#)

(überwiesen am 26. April 2013 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss stellt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt zurück. Er beabsichtigt es, gegebenenfalls einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des
Zwölften Buches Sozialgesetzbuch**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/724](#)

(überwiesen am 26. April 2013)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Gerechte Finanzierung für Schleswig-Holsteins Krankenhäuser

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/741](#)

(überwiesen am 26. April 2013)

Mit Zustimmung der Antragsteller empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Soziale Ungleichheiten und Bildungsbenachteiligungen durch Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung für alle Kinder ausgleichen!

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/693](#)

(überwiesen am 26. April 2013 an den **Bildungsausschuss** und an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Franzen legt dar, die Landesregierung habe in ihrem Bericht deutlich gemacht, welche Maßnahmen in der Vergangenheit durchgeführt worden seien. Ihr habe allerdings der Ausblick in die Zukunft gefehlt. Frau Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, verweist auf den hinteren Teil des Berichtes. Dort seien die Maßnahmen aufgeführt, welche weitergeführt werden sollten. Mit den Kommunen sei eine Vereinbarung getroffen worden, Gelder für Qualitätsweiterentwicklung zur Verfügung zu stellen. Das betreffe insbesondere den Kita-Bereich und sei in [Drucksache 18/695](#) ausgeführt. Bezüglich weiterer Projekte gebe es noch keine konkreten Pläne.

Die Frage des Abg. Dr. Tietze, wann die Ergebnisse der Evaluation vorlägen, wird Ministerin Alheit schriftlich beantworten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der [Drucksache 18/693](#) abschließend zur Kenntnis.

b) Vereinbarung zur Finanzierung des Krippenausbaus

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/695](#)

(überwiesen am 26. April 2013 an den **Bildungsausschuss** und an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Franzen führt aus, der Bericht habe sie enttäuscht. Er enthalte im Wesentlichen den Wortlaut der Vereinbarung. Sie bittet um Mitteilung über den Stand des Krippenausbaus, gegebenenfalls in schriftlicher Form.

Ministerin Alheit legt dar, dass sie darüber gern berichtet hätte. Im Folgenden schildert sie die Probleme der Mitteilung derartiger Zahlen aufgrund der Erhebungszeiten: Das Land bekomme diese Zahlen nur zum 1. März. Im Übrigen gebe es keine landesweit erhobenen statistisch aussagekräftigen Zahlen. Sie könne sagen, dass es in diesem Bereich eine rasante Entwicklung gebe; dies könne sie aber statistisch nicht untermauern. Außerdem sei die Feststellung gemacht worden, dass die gebundenen Mittel langsamer abgerufen würden als erwartet. Eine neue Information in dem Bericht sei, wie sich die Mittel auf die Kreise verteilen.

Abg. Baasch verweist auf die Tabelle auf Seite 8 und vertritt die Auffassung, dass diese aufschlussreiche Aussagen über die Gesamtförderung liefere. Er stellt fest, dass die Kommunen dem Land sehr unterschiedliche Informationen zur Verfügung stellten.

Abg. Krumbeck stellt Fragen hinsichtlich möglicher Schadensersatzforderungen. Ministerin Alheit legt dar, dafür habe das Land keine Mittel zur Verfügung gestellt. Zahlungspflichtig seien in einem derartigen Fall die Kreise. Nach ihrer Wahrnehmung hätten alle Kreise eine Art Notfallszenario. Das Land stelle Gelder bereit, um deutlich zu machen, dass die Kommunen nicht alleingelassen würden. Sie seien für kurzfristige Übergangslösungen, beispielsweise für die Anmietung von Räumlichkeiten, gedacht. Hierfür werde ein entsprechender Erlass vorbereitet.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der [Drucksache 18/695](#) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Borreliose in Schleswig-Holstein

Antrag der Abg. Anita Klahn (FDP)

[Umdruck 18/1140](#)

hierzu: [Umdruck 18/1243](#)

Auf Bitte der Abg. Klahn sagt Dr. Müller-Lux, der stellvertretende Leiter der Abteilung Gesundheit im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, zu, dem Ausschuss den mündlich erstatteten Bericht in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen (siehe [Umdruck 18/1243](#)).

Abg. Klahn vertritt die Auffassung, dass eine Meldepflicht dem Problem eine höhere Wertigkeit beimesse.

Der Vorsitzende stellt fest, über die Notwendigkeit einer Meldepflicht gebe es unterschiedliche Bewertungen.

Herr Müller-Lux legt dar, derzeit gebe es aus einer Meldepflicht keine unmittelbare Maßnahme die daraus abgeleitet werden könnte. Die allgemeine Erkenntnis, dass etwas zu tun sei, gebe es. Möglicherweise komme es zu einer Neubewertung, sobald erste Erkenntnisse einer Auswertung aus Bayern vorlägen.

Abg. Dr. Bohn begrüßt die Vorgehensweise der Landesregierung. Sie schlägt vor, die Länder durch die Einführung eines bundesweiten Melderegisters zu entlasten. Abg. Heinemann regt an, diese Thematik auf der Gesundheitsministerkonferenz zu erörtern.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die Versorgung von Kleinkindern mit Milchprodukten in Schleswig-Holstein

Antrag der Abg. Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

[Umdruck 18/1173](#)

Herr Schrieber, Leiter der Abteilung Wirtschaft im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, berichtet, nach seinen Ergebnissen gebe es Engpässe lediglich bei zwei Produkten teiladaptierter Milch der Firma Milupa; Parallelprodukte anderer Hersteller seien ausreichend vorhanden. Die Produktion der Herstellerfirma sei auf den Binnenmarkt ausgerichtet und könne in kurzer Zeit nicht beliebig gesteigert werden.

Herr Schrieber verneint die Frage des Abg. Krumbeck, ob Erkenntnisse darüber vorlägen, aus welchen Gründen Chinesen, die diese Produkte vermehrt kauften, Wert auf die Produkte aus der Bundesrepublik legten. Dahin gehend lägen ihm keine belastbaren Kenntnisse vor.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die für den 13. Juni 2013 geplante Sitzung auf 13 Uhr zu terminieren.

Aufgrund der Fraktionsreise der CDU-Fraktion entfällt der für den 29. August 2013 vorgesehene Sitzungstermin ersatzlos.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 15:55 Uhr.

gez. Peter Eichstädt
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin